

Anfragen zum Plenum in der 11. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Nachdem auf der Suche nach Lösungsansätzen zur dauerhaften Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs sog. digitale 24-Stunden-Läden sukzessive an Zuspruch erhalten, frage ich die Staatsregierung, gibt es in Bayern bereits digitale 24-Stunden-Einzelhandelsgeschäfte (Dorfläden & Vollsortimenter) und falls ja, wo (bitte aufgegliedert nach Regierungsbezirken angeben) und welche Fördermöglichkeiten stehen für die Ansiedlung entsprechender digitaler Dorfläden resp. Vollsortimenter in Bayern zur Verfügung?

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da aus dem COVID-19-Lagebericht des Robert Koch-Instituts (RKI) vom 10.03.2021 hervorgeht, dass Bayern die täglichen Impffzahlen nicht über das digitale Impfquotenmonitoring (DIM) übermittelt, sondern in aggregierter Form per E-Mail, frage ich die Staatsregierung, wieso übermittelt sie die täglichen Impffzahlen an das RKI nicht digital über das Impfquotenmonitoring, in welcher Form werden die Daten an das RKI gemeldet (bitte Übertragungsweg, Dateiformat und übermittelte Kennzahlen angeben) und reichen diese Daten aus Sicht der Staatsregierung für das RKI vollumfänglich aus, um detaillierte regionale oder gruppenspezifische Auswertungen des Impfesgeschehens anfertigen zu können?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf Grundlage welcher wissenschaftlichen, technologischen, „klinik-relevanten“ und ggf. weiteren Kriterien (bitte jeweils konkret benennen) fiel die Entscheidung für die im Rahmen der „Bayerischen Corona-Therapiestrategie“ zum Zwecke einer Förderung konkret ausgewählten Unternehmen bzw. Einrichtungen (bspw. das Entwicklungsprojekt bzw. den Therapieansatz des Unternehmens Ethris), als Resultat welcher konkreten Abwägungen fanden Einreichungen von Unternehmen und Einrichtungen mit ggf. vergleichbar erfolgsversprechenden Ansätzen keine Berücksichtigung und kann die Staatsregierung geschäftliche oder persönliche Beziehungen von Mitgliedern der Staatsregierung und der Regierungsfractionen mit Unternehmen und Einrichtungen, die im Rahmen der Bayerischen Therapiestrategie gefördert werden, ausschließen?

Inge Aures
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Berichterstattung zur geplanten Erweiterung des Wasserschutzgebietes „Zeller Quellen“ bei Würzburg, frage ich die Staatsregierung, was die Gründe sind, aus denen ein solches Erweiterungsverfahren bisher unterblieben ist und erst jetzt auf den Weg gebracht werden soll, bis wann nach Auffassung der Staatsregierung das Verfahren Erlass der neuen Schutzgebietsverordnung abgeschlossen sein sollte und welche Instrumente die Staatsregierung aktuell und perspektivisch für richtig und angemessen hält, um einen gerechten Ausgleich für die mit der Ausweisung verbundenen Einschränkungen für Kommunen, Landwirtschaft und private Eigentümer zu gewährleisten?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Verträge hat nach ihrer Kenntnis MdL Alfred Sauter (CSU) für Pandemiebeschaffungsgeschäfte mit bayerischen Ministerien oder nachgelagerten Behörden im Rahmen seiner rechtsanwaltlichen Tätigkeit entworfen, haben bayerische Ministerien oder nachgelagerte Behörden hierfür Honorare entrichtet und welche anderen Verträge wurden in der Pandemiebeschaffung durch Rechtsanwaltskanzleien entworfen, bei denen Anwälte oder Anwältinnen tätig sind, die zugleich Mitglied des Landtags sind?

Franz Bergmüller
(AfD)

Angesichts der Tatsache, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel die Vorgabe aufstellte: „Wenn wir genügend Menschen ein Impfangebot gemacht haben werden und sich einige partout nicht impfen lassen wollen, wird man überlegen müssen, ob es in bestimmten Bereichen Öffnungen und Zugänge nur für Geimpfte geben soll. Aber da sind wir noch nicht.“¹ und angesichts der Tatsache, dass Ministerpräsident Dr. Markus Söder diese eindeutige Vorgabe für die Bayern wie folgt wiederholte und hierbei verklausulierte „Ich finde es nicht richtig, dass Grundrechte dauerhaft eingeschränkt bleiben müssen, wenn ein Teil sich nicht impfen lassen will.“² und angesichts der Tatsache, dass der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier in der Zeitung die WELT derartige Äußerungen und die durch diese Äußerungen zum Ausdruck gebrachte Haltung zu Grund- und Bürgerrechten u. a. wie folgt einordnete „Aber seit einem Jahr müssen wir infolge der Pandemie Abweichungen von dieser Werteordnung feststellen, die sich niemand zuvor hat vorstellen können. Das gilt sowohl im Hinblick auf die Geltung der Grund- und Menschenrechte, als auch im Hinblick auf die Strukturen der parlamentarischen Demokratie.“ „Ich habe den Eindruck, dass Wert und Bedeutung der Freiheitsrechte in weiten Teilen der Bevölkerung, aber auch in der Politik unterschätzt werden – heute mehr denn je“³, frage ich die Staatsregierung, aufgrund welcher Tatsachen und/oder rechtlicher Wertungen teilt die Staatsregierung die Aussage des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts aus dem im Vorspruch zitierten Artikel in der Zeitung die WELT

¹ <https://www.welt.de/politik/deutschland/article227027703/Angela-Merkel-will-Geimpfte-nichtbevorzugt-behandeln.html>

² <https://www.facebook.com/watch/?v=804965153429809>

³ <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus227789681/Hans-Juergen-Papier-Die-Menschen-dieses-Landes-sind-keine-Untertanen.html>

zur regelmäßig stattfindenden Bund-Länder-Konferenz „Aber es handelt sich um ein Gremium, das in der Verfassung nicht vorgesehen ist und über keinerlei Kompetenzen verfügt.“ nicht, aufgrund welcher Tatsachen und/oder rechtlicher Wertungen teilt die Staatsregierung die Aussage des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts zu der eingangs zitierten Vorgabe der Kanzlerin und korrespondierender Umsetzung durch den Ministerpräsidenten „Darin kommt die irrige Vorstellung zum Ausdruck, dass Freiheiten den Menschen gewissermaßen vom Staat gewährt werden, wenn und solange es mit den Zielen der Politik vereinbar ist.“ nicht und aufgrund welcher Tatsachen und/oder rechtlicher Wertungen teilt die Staatsregierung die Aussage des ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts aus dem im Vorspruch zitierten Artikel in der Zeitung die WELT „... Geimpften... von den... keine Ansteckungsgefahr mehr ausgeht... gegenüber... [sind] Freiheitsbeschränkungen nicht mehr verhältnismäßig und dürfen meines Erachtens nicht mehr aufrechterhalten werden... Ich kann aber keine Solidarität verlangen gegen geltendes Verfassungsrecht, [verlangen] zumal eine solche Solidarität den nicht geimpften Personen überhaupt nichts nutzen würde“ nicht?

Cemal Bozoğlu
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Vorhaben wurden bislang für die bis zu 42 Mio. Euro hohe Förderung des Clean Tech Parks in Bamberg/Hallstadt sowie des Wasserstoffclusters in der Metropolregion Nürnberg (Haushaltsstellen in 2021 und 2022: 07 02 892 60) im Rahmen der High Tech Agenda plus (HTA+) bzw der Bayerischen Innovationspark-Initiative angemeldet, welche Förderkriterien gelten für die Inanspruchnahme der genannten Fördermittel und ist eine Kooperation mit dem durch Bundesmitteln in Höhe von 3 Mio. Euro geförderten künftigen Wasserstoff-Vernetzungsprojekt von Herrn Dirk von Elk sowie anschließenden weiteren Förderungen (i. H. v 25 Mio. Euro) der sogenannten Wasserstoffinitiative Oberfranken vorgesehen?

Florian von Brunn
(SPD)

Nachdem der Freistaat Bayern im Frühjahr 2020 laut offiziellen Angaben OP- bzw. CPA-Schutzmasken bei der Firma Zettl bestellt bzw. gekauft hat und darüber auch schon in den Medien berichtet wurde, frage ich die Staatsregierung, welche Schutzmasken – OP-, CPA-, FFP2-Masken oder andere – bei der Firma Zettl von März bis Mai 2020 bestellt und gekauft wurden (mit Angabe der Beschreibung aus den Angeboten, der jeweils gelieferten Stückzahl und der unterschiedlichen Art der Verarbeitung), welche Angebote dem Freistaat Bayern bzw. der Staatsregierung für OP-, CPA- und FFP2-Masken im Zeitraum März bis Mai 2020 vorlagen (mit Angabe der Art der Schutzmasken, der jeweiligen Preise, der jeweils angebotenen Mengen sowie welche Angebote einen Zuschlag bekommen haben) und wie genau – mit Angabe der beteiligten Personen aus der Staatsregierung, insbesondere der Person des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger, – der Kontakt bzw. das Geschäft zwischen der Firma Zettl und dem Freistaat Bayern angebahnt wurde bzw. zustande gekommen ist?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwieweit teilt sie die beihilferechtlichen Bedenken des Bayerischen Städtetags bezüglich des Corona-Rettungsschirms für den bayerischen ÖPNV („Das bisherige zweistufige Antragsverfahren, bestehend aus einer Antragsberechtigung nur für die Verkehrsunternehmen in der ersten Stufe bis September 2020 und in einer zweiten Stufe bis Dezember 2020 mit einer Antragsberechtigung nur für die ÖPNV-Aufgabenträger, führte in der Praxis zu Abwicklungsproblemen, weil dabei die beihilferechtliche Absicherung der Weiterleitung der Hilfen an die kommunalen Verkehrsunternehmen durch die ÖPNV-Aufgabenträger zu beachten ist. Eine direkte Beantragung durch die Verkehrsunternehmen würde das Verfahren wesentlich vereinfachen. Hier muss eine beihilferechtliche Lösung gefunden werden.“), inwieweit könnte eine direkte Beantragung der Corona-Hilfen durch die Verkehrsunternehmen das Verfahren wesentlich vereinfachen und wie könnte eine beihilferechtskonforme Ausgestaltung des Corona-Rettungsschirms für den bayerischen ÖPNV aus Sicht der Staatsregierung aussehen?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Hinblick auf den Bestechungsskandal um MdB Georg Nüßlein und etwaige Verbindungen nach Bayern frage ich die Staatsregierung, welche pandemiebedingten Beschaffungsverträge haben bayerische Ministerien (bitte unter Nennung des jeweiligen Vertragsgegenstandes und Auftragsvolumens) insbesondere mit der Textilfirma Lomotex GmbH & Co. KG abgeschlossen und welche Preise wurden dabei für welche Güter (Gesamtvolumen und Stückpreis) entrichtet?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Die Schulfamilie betrachtet die Schulöffnungen angesichts der steigenden Inzidenzzahlen mit wachsender Sorge, daher frage ich die Staatsregierung, ob sie die Öffnung angesichts der größtenteils noch nicht vorhandenen Testkits für verantwortlich einschätzt, ob die Staatsregierung den kurzen Zeitraum über das Wochenende zwischen Versand des Kultusministeriellen Schreibens mit dem Rahmenhygieneplan von Freitagnachmittag, 12.03.2021 und bis Schulstart Montagmorgen, 15.03.2021, für angemessen hält, insbesondere in Anbetracht der absoluten Notwendigkeit der Umsetzung des Rahmenhygieneplans und wie die Staatsregierung Unterrichtsbesuche zur Dienstbeurteilung von Lehrkräften in der ersten Woche des Wechselunterrichts bewertet?

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob ihr vor Bekanntwerden des Ermittlungsverfahrens bekannt war, dass MdB Georg Nüßlein oder die Tectum Holding GmbH für Unternehmen Kontakte zu Entscheidungsträgern hergestellt hat, um Pandemiebeschaffungsverträge abzuschließen, wenn ja, welche Kontakte mit bayerischen Ministerien und nachgelagerten Behörden sind unter Vermittlung oder Beratung von MdB Georg Nüßlein (CSU) bzw. der Tectum Holding GmbH zustande gekommen und welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über Vertragsverhältnisse der bayerischen Ministerien oder nachgelagerter Behörden im Rahmen der Pandemiebeschaffung zu dem Geschäftsmann [REDACTED]?

Albert Duin
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, gab es im Rahmen der jüngsten Betrugsfälle bei den Corona-Hilfen auch Fälle in Bayern, ist im Antragsverfahren eine Plausibilitätsprüfung (vor allem für die Identitäten der Antragsteller) vorgesehen und wie verteilen sich die jüngsten Betrugsfälle auf die verschiedenen Antragsteller?

Katrin Ebner-Steiner
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche bayerischen (oder in Bayern tätige) Unternehmen haben in den vergangenen zehn Jahren Fördermittel zur Entwicklung von E-Mobilität (einschließlich Motorentechnik, Antriebstechnik, Steuerungs- und Regelungstechnik, Softwarelösungen) erhalten, aus welchen Haushaltstiteln stammen diese Fördermittel und in welcher Höhe wurden diese Fördermittel bewilligt (bitte nach Jahr und Unternehmen aufschlüsseln)?

Martina Fehlner
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass die Auswirkungen der „Gemeinsamen Erklärung zur Sicherung der vorbildlichen Waldbewirtschaftung im Kommunalwald“ (Kommunalwaldpakt) bereits im Jahr 2019 evaluiert wurden, frage ich die Staatsregierung, wann die Ergebnisse der Evaluierung vorliegen, ob sie an den Inhalten der Erklärung trotz der durch den Klimawandel zunehmend geschädigten Wälder festhält und wie die Staatsregierung sicherstellt, dass waldbesitzende Kommunen mit mehr als 200 Hektar bei der nachhaltigen Bewirtschaftung ihrer Wälder auch nach 2025 ausreichend unterstützt werden?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung:

1. Gültige als auch zuverlässige und objektive Standards an allen Halbjahren der FOS/BOS und an der gesamten Oberstufe der Gymnasien

1.1 Wie viele Prüfungen lässt der durch das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) aktuell an den jeweiligen Schularten gesetzte Rahmen minimal bzw. maximal zu (bitte aufschlüsseln nach Schulart, Fächern, Halbjahresleistungen als auch Abschlussprüfungen)?

1.2 Was sind die Abweichungen dieses Rahmens hinsichtlich der Anzahl, des Inhalts und des Umfangs der Prüfungen im Vergleich zu den letzten Jahren (bitte nach Schulart und Klassenstufen aufschlüsseln)?

1.3 Wie lauten die konkreten Konzepte zur Sicherung von Fairness und Vergleichbarkeit an den jeweiligen Schularten (FOS/BOS und Gymnasien)?

2. Wahrung der Chancengerechtigkeit an FOS/BOS und Gymnasien

2.1 Warum müssen an FOS/BOS derzeit die regulär vorgesehenen schriftlichen Leistungserhebungen nachgeholt werden, während an den Gymnasien abweichend von der GSO (GSO = Gymnasien Schulordnung) große Leistungsnachweise beispielsweise nur noch in den drei schriftlichen Abiturprüfungsfächern (Q12) bzw. in den drei Fächern Mathematik, Deutsch und der verpflichtend über vier Kurshalbjahre zu belegenden fortgeführten Fremdsprache (Q11) gefordert sind?

2.2 Wie bewertet das StMUK vor diesem Hintergrund die Wahrung der Chancengerechtigkeit von FOS/BOS und Gymnasien im direkten Vergleich (bitte insbesondere auf den Vergleich in der Anzahl der schriftlichen Leistungserhebungen eingehen)?

2.3 Welche konkreten Konzepte, Maßnahmen bzw. Verfahren sind für die Praktika in der Oberstufe vorgesehen (bitte Aufstellung nach Schularten FOS/BOS, Gymnasien und Jahrgänge vornehmen)?

3. Harmonisierung der zu bewältigenden Leistungen

3.1 Inwiefern weichen die Standards der Leistungserhebungen in der Vorprüfungsphase von denen der Vorjahre ab (bitte Unterschiedlichkeit in Bezug auf die Korrekturstandards wie Notenschlüssel und Bindung der Korrektur an den Erwartungshorizont nach Jahrgangsstufen der Oberstufen darstellen und entsprechend der Schularten FOS/BOS und Gymnasien aufschlüsseln)?

3.2 Wie werden die Vergleichbarkeit und Leistbarkeit hinsichtlich der Prüfungsanforderungen und des vorzubereitenden Unterrichtsstoffs zwischen den Schularten und Jahrgängen gewährleistet?

3.3 Wie bewertet das StMUK die unterschiedlichen Entwicklungen hinsichtlich der Jahresfortgänge an FOS/BOS und Gymnasien vor dem Hintergrund der aufgrund der Coronapandemie getroffenen Regelungen (bitte hierzu insbesondere die absolute und relative Zahl der auf Probe erfolgreich bzw. nicht erfolgreich vorrückenden Schülerinnen und Schüler in den vergangenen Jahren und je Jahrgang und Schulart darstellen)?

4. Wechselunterricht und Abnahme von Prüfungen bzw. die Konsequenz auf das Erreichen des Jahrgangsziels

4.1 Inwiefern sieht das StMUK Probleme hinsichtlich der Chancengerechtigkeit, wenn von den Abschlussklassen jeweils ein Teil der Schüler sich den Stoff aufgrund des Wechselunterrichts praktisch selbst beibringen musste, während der andere Teil diesen in Präsenz vermittelt bekommen hat?

4.2 Wie bewertet das StMUK auftretende Abweichungen aus Frage 4.1 im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Abschlüsse insbesondere den der allgemeinen Hochschulreife und die damit einhergehende Studierfähigkeit?

4.3 Wie viele Schüler mussten in den Jahren 2016 bis 2021 jeweils aus der Einführungsstufe an der BOS zurücktreten bzw. die BOS verlassen (bitte entsprechende Zahlen auch für die FOS-Vorklassen von 2016 bis 2021 auflisten)?

5. Voraussetzungen der zentralen Abschlussprüfungen

5.1 Inwiefern sieht das StMUK an den jeweiligen Schularten FOS/BOS und Gymnasien aktuell eine veränderte Situation zur Abschlussprüfung 2020 hinsichtlich der Voraussetzungen der zentralen Abschlussprüfungen?

5.2 Was sind die konkreten Maßnahmen, die seitens des StMUK ergriffen wurden, um den Standard der Prüfungen zu wahren und auch eine Vergleichbarkeit zwischen den Jahrgängen insb. 2020/2021 aber auch den nicht von Corona beeinträchtigten Jahrgängen herzustellen?

5.3 Wie viele Schüler wiederholen aktuell und in den beiden vorhergehenden Schuljahren eine Jahrgangsstufe an den jeweiligen Schularten und der dazugehörigen Oberstufe (bitte aufschlüsseln nach Schulart, Kursjahr und Freiwilligkeit bzw. Notwendigkeit der Wiederholung)?

6. Anforderungen der zentralen Abschlussprüfungen

6.1 Welche abweichenden Anforderungen gelten hinsichtlich der Abschlussprüfungen an FOS/BOS und Gymnasien jeweils vor dem Hintergrund der Coronapandemie (zum Beispiel Notenschlüssel und Erwartungshorizonte für die Zentralprüfungen)?

6.2 Wie lautet das Konzept des StMUK, die Abschlussprüfungen an die veränderte Unterrichtswirklichkeit (Wechsel-, Distanzunterricht) anzupassen?

6.3 Inwiefern gibt es konkrete Maßnahmen seitens des StMUK, um Schülern im Falle einer Quarantäneanordnung zeitnahe Ersatztermine für die zentrale Abschlussprüfung zu garantieren?

7. Durchführung bzw. Ablegung und Ableistung der zentralen Abschlussprüfungen

7.1 Welche besonderen Sicherheits- und Hygienekonzepte liegen neben dem Rahmenhygieneplan zur Durchführung der Abschlussprüfungen vor?

7.2 Inwiefern ist die Abschlussprüfung an den jeweiligen Schularten im Falle einer Corona-Infektion vor, während und nach der Prüfung wiederholbar (bitte Konzepte unter Nennung der Regelungen darstellen)?

7.3 Inwiefern gibt es eine entsprechende Corona-Klausel, falls Schüler während der Vorbereitungsphase an Corona erkranken

und zum Prüfdatum wieder genesen?

8. Härtefälle

8.1 Welche Konzepte hat das StMUK für Corona-Härtefälle, die bereits 2020 auftraten und noch nicht von bisherigen Härtefallregelungen erfasst waren, neu entwickelt?

8.2 Wie lauten die exakten Härtefallregelungen für die Abschlussjahrgänge 2021 an FOS/BOS und Gymnasien?

8.3 Wie verbindlich sind die Härtefallregelungen für die Akteure an den FOS/BOS und den Gymnasien?

Matthias Fischbach
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie seit 01.01.2019 mit einem der Unternehmen Tectum Holding GmbH, EMIX Trading AG, Löbel Projektmanagement GmbH, Immosites Projektentwicklung GmbH oder Nikolas Löbel pr.marketing.event oder mit einer der Rechtsanwaltskanzleien Sauter und Wurm GbR, Gauweiler & Sauter Rechtsanwälte Partnerschaft mbB, König Gauweiler Sauter Rechtsanwälte – Steuerberater Partnergesellschaft mbB bzw. mit Dritten unter Vermittlung der Genannten Verträge geschlossen (bitte ggfs. unter Angabe aller relevanten Inhalte, insbesondere der genauen Beschreibung des Vertragsgegenstandes, der Art der Vergabe sowie des Vertragsumfangs beantworten), welchen Inhalts sind die Listen für die beschränkten Ausschreibungen und freihändigen Vergaben ab 2.500 Euro, die gemäß Nr. 7.1.4 der Korruptionsbekämpfungsrichtlinie an jeder Dienststelle geführt werden müssen (bitte um Wiedergabe der Listeninhalte seit Februar 2020 für alle Staatsministerien des Freistaates Bayern, ggf. in datenschutzkonformer Form) und auf welchem Stand befindet sich die Überarbeitung der Korruptionsbekämpfungsrichtlinie, die laut Antwort der Staatsregierung auf meine Anfrage vom August 2019 spätestens seit 01.01.2018 notwendig ist und an der die Staatsregierung unter Federführung des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration zumindest seit 2019 arbeitet?

Christian Flisek
(SPD)

Im Hinblick auf die Pläne, die Corona-Sonderregelungen für die Studierenden im bayerischen Hochschulgesetz auch für das Sommersemester 2021 zu verlängern, frage ich die Staatsregierung, wie viele Studierende seit dem Sommersemester 2020 jeweils ein Bachelor- oder Masterstudium an einer bayerischen Hochschule aufgenommen haben, wie hoch der Anteil der digital durchgeführten Prüfungen in den Bachelor- und Masterstudiengängen ist und welche Strategie die Staatsregierung im Hinblick darauf verfolgt, die Anerkennung und Gleichwertigkeit der unter Corona-Bedingungen entstandenen Abschlüsse zu garantieren?

Anne Franke
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, entspricht die Ausgestaltung von Beschaffungsverträgen durch die Lieferanten bzw. von ihnen beauftragte Dritte der gängigen Praxis, mit welchen Unternehmen wurden solche Pandemiebeschaffungsverträge geschlossen und welches Auftragsvolumen wurde dabei jeweils vereinbart?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem das Wasserschutzgebiet „Zeller Quellen“ bei Würzburg jetzt nach fast 30 Jahren Planung, nicht zuletzt geschuldet einer mangelnden Personalausstattung im zuständigen Wasserwirtschaftsamt, endlich voran kommen soll und anlässlich der Regierungserklärung des Staatsministers für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber vom 28.10.2020 „Wasserzukunft Bayern 2050 – Wasser neu denken“ in der er u. a. beim Thema „sauberes Wasser“ einen „Verantwortungspakt“ bei den 3 200 Wasserschutzgebieten bei derzeit zu langen „acht Jahre durchschnittliche Verfahrensdauer“ eine Beschleunigung angemahnt und in einem Appell alle Mandatsträgerinnen und -träger um Hilfe bei den Wasserschutzgebieten gebeten hat, frage ich die Staatsregierung, ob im nächsten halben Jahr eine Veränderungssperre (u. a. mit Befürwortung durch die Regierung von Unterfranken) für die geplante Erweiterung des Wasserschutzgebietes „Zeller Quellen“ auf 66 Quadratkilometer erlassen wird, um diesem „Verantwortungspakt für die Kinder und Enkel gerecht“ zu werden, wie wird (sonst) sichergestellt, dass unabhängig von evtl. für den Wasserschutz kritischen (Bau-)Vorhaben in der Region die Ausweisung des erweiterten Wasserschutzgebiets vorrangig und im Sinne von Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz Thorsten Glauber beschleunigt durchgeführt und zeitnah abgeschlossen wird (bitte mit Angabe des Umgriffs des Wasserschutzgebietes „Zeller Quellen“, des aktuellen Umsetzungsstands und der voraussichtlichen Dauer der Ausweisung) und wäre eine neue Deponie der Klasse 1 in diesem erweiterten Wasserschutzgebiet nach Einschätzung der Staatsregierung vereinbar, ohne die Ausweisung des Wasserschutzgebiets weiter zu verzögern (bitte mit Angabe der Mindestanforderungen und Maßnahmen, die bei einer Errichtung einer Deponie Klasse 1 bei Helmstadt notwendig sind)?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnis sie über entgeltliche Beratungs- oder Vermittlungstätigkeiten von MdB Michael Kuffer mit bayerischen Ministerien oder nachgelagerten Behörden hat, die in einem direkten Zusammenhang mit dem Aufgabengebiet stehen, das er in der Bundestagsfraktion betreut, und ob der Freistaat Bayern insbesondere mit der Civitas Institut für Bildung und Innovation im öffentlichen Sektor GmbH in den vergangenen fünf Jahren welche Verträge abgeschlossen hat?

Tessa Ganserer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Verdienstausfallentschädigungen nach § 56 Abs. 1 und Abs. 1 a Infektionsschutzgesetz (IfSG) wurden mit Stichtag 12.03.2021 gestellt (bitte nach Regierungsbezirken aufschlüsseln)?

Thomas Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien gewichtet das Impf-Programm der Staatsregierung zur Herstellung von Impf-Gerechtigkeit die Terminvergabe hinsichtlich älterer Menschen einerseits und Menschen, die in Pflegeeinrichtungen, Kitas und Schulen arbeiten andererseits, welche spezifischen Zusatzinformationen zu einzelnen Personen sorgen für eine Priorisierung gegenüber anderen, ebenfalls bereits impfberechtigten Menschen und welche Rolle bei der Impf-Priorisierung spielt auch innerhalb der Gruppe von Lehrkräften und Mitarbeiterinnen in Kita- und Pflegeeinrichtungen das Alter?

Harald Güller
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung den SPD-Vorschlag eines Stipendienprogramms für Künstlerinnen und Künstler am 20.10.2020 in einer Regierungserklärung aufgegriffen und am 27.10.2020 im Kabinett beschlossen hat, wurde der Start immer wieder verschoben, zunächst von dem im Kabinett beschlossenen Termin ab dem 01.01.2021 auf den vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst angekündigten Termin vom 01.02.2021, dann mit Antwort von Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Bernd Sibler im Plenum vom 04.02.2021 („Wir sind jetzt mit dem Stipendienprogramm fertig. Die Antragstellung wird in den nächsten Tagen fertig sein.“) auf einen unmittelbar bevorstehenden Start („Wir werden das in den nächsten Tagen fertig haben“), um heute, am 15.03.2021, festzustellen, dass die Antragstellung für das Stipendienprogramm immer noch nicht möglich ist und auch kein verbindlicher Starttermin genannt wurde, frage ich die Staatsregierung, warum der Programmstart drei Mal verschoben wurde bzw. Ankündigungen dreimal nicht eingehalten wurden, ab welchem Datum endlich Anträge für das Stipendienprogramm gestellt werden können und wie zufrieden sie damit ist, dass die im Oktober 2020 gemachte Ankündigung, dass das Stipendienprogramm ab dem 01.01.2021 zur Verfügung steht (Kabinettsbeschluss am 27.10.2020) über viereinhalb Monate danach immer noch nicht umgesetzt ist bzw. welche Konsequenzen daraus gezogen werden?

Martin Hagen
(FDP)

Die „Medizinische Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung“ (MedBVSV) trat am 26.05.2020 in Kraft, deshalb frage ich die Staatsregierung, ob die vom Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (StMWi) seinerzeit bei der niederbayerischen Firma Zettl, später Mitbegründer des Bayerischen Maskenverbundes, gekauften eine Million Atemschutzmasken entgegen der Verordnung (MedBVSV) in Kliniken, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen eingesetzt wurden, wenn kein Einsatz erfolgte, was passierte mit den CPA-Masken und mit welcher Begründung rechtfertigt das StMWi den Kauf der Masken der Firma Zettl zum Nettostückpreis von 5 Euro, obwohl das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit gleichwertige Masken anderer Hersteller für 70 Cent pro Stück und FFP2-Masken für 2,70 Euro pro Stück kaufen konnte?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Nachdem das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst mit Pressemitteilung vom 11.03.2021 mitgeteilt hat, dass für das Soloselbstständigenprogramm rund 5 000 Anträge gestellt bzw. in Vorbereitung sind und von diesen 1 900 bewilligt sind, frage ich die Staatsregierung, wie viele Bewilligungen bzw. noch nicht ausbezahlt sind, was sind die Gründe dafür, aus denen 3 100 Anträge nur „in Vorbereitung“ sind und derzeit (noch) nicht bearbeitet werden bzw. ist es richtig, dass einem Großteil der „in Vorbereitung“ befindlichen Anträge das Argument der (vermeintlichen) „Überkompensation“ entgegengehalten wird, und bis wann die Staatsregierung gedenkt, die grundsätzlichen Hürden des Programms (wie z. B. die vermeintliche „Überkompensation“) zugunsten der Soloselbstständigen zu klären, damit viele Soloselbstständige nicht weiter in ihrer prekären Situation im Ungewissen gelassen werden?

Ludwig Hartmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Pandemiebeschaffungsverträge unter Einbeziehung der Tätigkeit des MdBs Georg Nüßlein (CSU) und/oder des MdLs Alfred Sauter (CSU), bzw. mit ihren Unternehmen oder Rechtsanwaltskanzleien, mit welchen bayerischen Staatsministerien oder nachgelagerten Behörden geschlossen wurden und bei welchen Pandemiebeschaffungsverträgen sie für Dritte aufgetreten sind?

Christina Haubrich
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Verträge (auch Lobbyberatung) hat MdL Alfred Sauter (CSU) bzw. die mit ihm verbundenen Rechtsanwaltskanzleien mit Ministerien oder nachgeordneten Behörden in den vergangenen fünf Jahren geschlossen, welche Vergütung hat er dafür erhalten und welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über Art und Umfang entgeltlicher politischer Interessenvertretung, die durch MdL Alfred Sauter (CSU) neben seiner Tätigkeit als Mitglied des Landtags ausgeübt wird?

Dr. Wolfgang Heubisch
(FDP)

Anlässlich der geplanten Verbändeanhörung zum Hochschulinnovationsgesetz, die Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Bernd Sibler während des YouTube-Livestreams zur Hochschulreform angekündigt hat, frage ich die Staatsregierung, wann diese Verbändeanhörung geplant ist (falls es bereits ein genaues Datum gibt, bitte dieses angeben, sollte dies nicht der Fall sein, bitte einen angedachten Zeitraum nennen), wer genau hierzu eingeladen ist (bitte Nennung der Institutionen und Personen, die eingebunden werden sollen) und inwieweit die Oppositionsparteien im Landtag hierin integriert werden?

Christian Hierneis
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, nachdem Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek angekündigt hat, dass in Bayern ab Anfang April die „Hausärzte“ (in den Medien wird auch von „niedergelassenen Ärzten“, „Hausarztpraxen“ oder „Arztpraxen“ gesprochen) Impfungen gegen COVID-19 durchführen werden, allerdings in der Bevölkerung und sogar bei Ärztinnen und Ärzten selbst Unsicherheit besteht, welche Ärztinnen und Ärzte im Sinne der Staatsregierung Hausärztinnen und -ärzte, welche Praxen im Sinne der Staatsregierung Hausarztpraxen sind und deshalb allerorten Unsicherheit besteht, welche Ärztinnen und Ärzte tatsächlich Impfstoffe gegen COVID-19 erhalten (der Fragesteller erhielt Rückmeldungen von Ärztinnen und Ärzten, sie seien offiziell z. B. spezialisierte Internistin bzw. spezialisierter Internist und offiziell kein Hausarzt und bekämen deshalb wohl keinen Impfstoff, obwohl sie faktisch wie ein Hausarzt arbeiten und Patienten aus der näheren Umgebung mit allen möglichen Symptomen behandeln und auch Grippeimpfungen durchführen), welche Ärztinnen und Ärzte konkret den Impfstoff bekommen (also welche Ausbildung, Fachkenntnis, Spezialisierung [z. B. Internist, Endokrinologe etc.], Verbandszugehörigkeit, Patientenkreis, tatsächliche Tätigkeit etc. notwendig ist und bitte Liste der Ärztinnen und Ärzte, die Impfstoff gegen COVID-19 erhalten, vorlegen, falls vorhanden und bitte getrennt nach Lieferung/Verteilung über Apotheken und andere Lieferwege darstellen), wie wird die Belieferung aller Apotheken, die COVID-19-Impfstoffe an Ärztinnen und Ärzte weiterverteilen werden, mit jeweils ausreichend COVID-19-Impfstoffen sichergestellt und welche konkreten Planungen gibt es seitens der Staatsregierung, Produktionsstätten für Impfstoffe gegen COVID-19 zu errichten (in Bayern selbst Produktionsstätten für Impfstoffe aufzubauen oder sich an Produktionsstätten in Deutschland zu beteiligen), da Impfstoffe gegen COVID-19-Erkrankungen dauerhaft gebraucht werden und deshalb in den kommenden Jahren (u. a. für Auffrischungsimpfungen) in ausreichender Anzahl (auch bei Ärztinnen und Ärzten) zur Verfügung stehen müssen?

Alexandra Hiersemann
(SPD)

Aufgrund der am 23.02.2021 erfolgten Sammelabschiebung nach Armenien von höchst vulnerablen Personen und den daraus resultierenden gesundheitlichen, psychischen und sozialen Schwierigkeiten und Komplikationen für die Betroffenen und alle Beteiligten, frage ich die Staatsregierung, wie viele Personen abgeschoben wurden (bitte aufgeschlüsselt nach Alter und Geschlecht und mit Nennung von bekannten Erkrankungen bzw. vorliegenden Attesten), bei wie vielen Personen musste die Abschiebung abgebrochen werden (bitte mit Angabe der jeweiligen Gründe) und welche Behördenvertretende oder andere Verantwortliche waren an der Abschiebung beteiligt (bitte mit Nennung der Ausländerbehörden, Anzahl der Polizeibeamtinnen bzw. -beamten und ggf. Ärztinnen und Ärzten vor Ort bzw. während des Fluges)?

Dr. Helmut Kaltenhauser
(FDP) Ich frage die Staatsregierung, welche Kriterien bei der elf Lose umfassenden Vergabeentscheidung des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege im Februar/März 2021 zur Beschaffung von FFP2-Masken galten, wie viele Firmen mit deutscher bzw. bayerischer Produktionsstätte an dem Vergabeverfahren teilgenommen haben (bitte jeweilige Firma und deren Standort angeben) und warum man sich bei der Vergabe der elf Lose ausschließlich für Firmen entschieden hat, die ihre FFP2-Masken nicht in Deutschland produzierten, sondern aus China bezogen, obwohl laut Aussagen des stellvertretenden Ministerpräsidenten und des Staatsministers für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger die bayerische Produktion hochwertiger Masken verlässlicher und effizienter sei als ein Ankauf „billiger Asien-Ware“¹?

Annette Karl
(SPD) Nachdem in der Pressemitteilung des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (PM 91/21) vom 11.03.2021 Staatsminister Hubert Aiwanger fordert, dass Kommunen am Betrieb von PV-Freiflächenanlagen (PV = Photovoltaik) finanziell beteiligt werden sollen, eine solche finanzielle Beteiligung von Kommunen beim Betrieb von Windenergieanlagen seit Inkrafttreten des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) 2021 bereits möglich ist und dazu beitragen soll die Akzeptanz für den Bau von Windenergieanlagen zu steigern, frage ich die Staatsregierung, warum wurde von Seiten der Staatsregierung nicht bereits im Zuge der Verhandlungen zum EEG 2021 über einen Änderungsantrag im Bundesrat vor der Verabschiedung des Gesetzes am 19.12.2020 der Vorschlag eingebracht, Kommunen finanziell am Betrieb von PV-Freiflächenanlagen zu beteiligen?

Paul Knoblach
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bezüglich der deutlichen Unterschiede in den Ergebnissen der Gutachten zum Nachfragepotenzial der unteren Steigerwaldbahn der verschiedenen Ersteller (Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH, Dr. Konrad Schliephake und kobra NVS GmbH) und mit dem Wissen, dass Methodik, Rechenwege und zugrundeliegende Daten der verschiedenen Gutachten der Staatsregierung vorliegen, frage ich die Staatsregierung, inwieweit unterscheidet sich die von der Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH verwendete Methodik im Detail von den Methodiken von Dr. Konrad Schliephake und der kobra NVS GmbH, inwieweit unterscheidet sich der von der Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH genutzte Rechenweg im Detail von den Rechenwegen von Dr. Konrad Schliephake und der kobra NVS GmbH und inwieweit unterscheiden sich im Detail die zugrundeliegenden Daten der Bayerische Eisenbahngesellschaft mbH von den zugrundeliegenden Daten von Dr. Konrad Schliephake und der kobra NVS GmbH, insbesondere jeweils auch hinsichtlich der Nachfragergruppen aus Einkauf/Besorgung und Tourismus?

¹ (Vgl. <http://www.bayern.de/wirtschaftsministerium-erlaeuert-ankauf-hochwertiger-bayerischer-atemschutz-masken-und-weist-falschdarstellungen-zurueck/?seite=2453>)

Claudia Köhler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Konzentrationen an Benzo(a)pyren wurden bei der schadstoffbelasteten Ackerfläche am Lehr- und Versuchsgut Oberschleißheim festgestellt, welche anderen Schadstoffe wurden untersucht und wann wurde die Gemeinde Oberschleißheim über die vorliegende Bodenkontamination informiert?

Sebastian Körber
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie vor dem Hintergrund einbrechender Mitgliederzahlen/-beiträge ergriffen hat, um Betreibern von Fitness- und Gesundheitsanlagen (v. a. Fitness- und Sportstudios) durch die Pandemie zu helfen, weshalb sie der Meinung ist, dass vorstehende Betriebe nur unter freiem Himmel, d. h. nicht in geschlossenen Räumen unter Einhaltung der Allgemeinen Regelungen gemäß Zwölfte Bayerische Infektionsschutzmaßnahmenverordnung (12. BayIfSMV) bzw. ausgearbeiteten Schutz- und Hygienekonzepten, öffnen dürfen und welches konkrete Rahmenkonzept die Staatsregierung für die perspektivische Öffnung vorstehender Betriebe insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit tagesaktueller COVID-19-Schnell- oder Selbsttests voraussetzt?

Andreas Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Einnahmen in welcher Höhe hat nach Kenntnis der Staatsregierung MdL Alfred Sauter (CSU) mit Beschaffungsverträgen für Pandemiegüter für welche Mandaten erzielt?

Susanne Kurz
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Hinblick auf die Ende März auslaufende Antragsmöglichkeit für Finanzhilfen für die Zeit von Oktober bis Dezember 2020 aus dem Soloselbstständigenprogramm I für soloselbstständige Künstlerinnen und Künstler sowie Angehörige kulturnaher Berufe frage ich die Staatsregierung, wie der aktuelle Stand der Antragstellung der Hilfen im Einzelnen ist (bitte mit Angabe der bereits bewilligten und ausgezahlten Anträge), in welchem Umfang das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst (StMWK) eine Überkompensation kumulierbarer Hilfen feststellen konnte (bitte Anzahl der Fälle und durchschnittliche Höhe der Überkompensation auflisten) und wie schwerwiegend – nach Versteuerung der Hilfen für 2020 durch die jeweiligen Empfängerinnen und Empfänger – die Staatsregierung die Problematik der Überkompensation der Betroffenen ansieht?

Eva Lettenbauer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Hinblick auf den Bestechungsskandal um MdB Georg Nüßlein frage ich die Staatsregierung, wann Staatsminister für Justiz Georg Eisenreich über das Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft München gegen MdB Georg Nüßlein (CSU) erstmals informiert wurde, wann Staatsminister des Innern, für Sport und Integration Joachim Herrmann über das Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft München gegen Georg Nüßlein MdB erstmals informiert wurde und wann Ministerpräsident Dr. Markus Söder über das Ermittlungsverfahren gegen Georg Nüßlein erstmals informiert wurde?

Roland Magerl
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die aktuellen Meldungen zu Vorfällen und medizinischen Komplikationen bei Impfungen (speziell AstraZeneca), welche Konsequenzen werden hierfür für Bayern gezogen und wie stellt die Staatsregierung sicher, dass das Impfkonzept aufrechterhalten werden kann, falls ein Impfstoff vom Markt genommen werden müsste?

Christoph Maier
(AfD)

Vor dem Hintergrund verschiedener Medienberichte, die auf einen Zusammenhang zwischen Herkunft von Patienten und Belegung von Intensivbetten im Zusammenhang mit COVID-19 hinweisen, frage ich die Staatsregierung, wie hoch der Anteil von Ausländern bei der Belegung von Intensivbetten ist, ob sie belastbares Zahlenmaterial, möglicherweise aus der Vergangenheit, hierzu hat und welche Informationen darüber vorliegen, dass Ausländer nach Deutschland einreisen, um sich hierzulande gegen Viruserkrankungen wie Ebola oder eine SARS-COV-2-Infektion behandeln zu lassen?

Helmut Markwort
(FDP)

Vor dem Hintergrund der Pressemitteilung des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege (StMGP) vom 26.02.2021 mit dem Titel „Holetschek: Bayern hat frühzeitig Selbsttests gesichert – Schulen und Kitas bekommen schon nächste Woche 1,3 Millionen Selbsttests“ und jüngsten Kultusministeriellen Schreiben zur Testdurchführung frage ich die Staatsregierung, wie die Auslieferung der angekündigten Impfdosen an die Kitas und Schulen seitdem erfolgt ist (bitte um möglichst genaue Darstellung des logistischen Prozesses, Angabe der gelieferten Mengen nach Regierungsbezirk und Kalenderwoche, in der diese die Bildungseinrichtungen selbst erreichten, und Anzahl der jeweils versorgten Kitas und Schulen), wie viele Schulen und Kitas zum Stichtag des weiteren Öffnungsschritts am 15.03.2021 noch gar nicht mit Selbst-Schnelltests der Staatsregierung versorgt worden sind (bitte gegliedert nach Landkreisen bzw. kreisfreien Städten) und in wie vielen der von vorheriger Frage mit mindestens einer Einrichtung betroffenen Kreise auch keine eigenen Test-Zeitfenster mehr durch das örtliche Testzentrum für Schüler und Personal der Bildungseinrichtungen angeboten worden sind?

Jürgen Mistol
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit dem Bestechungsskandal gegen MdB Georg Nüßlein frage ich die Staatsregierung, ob ihr vor der Aufhebung der Immunität von MdB Georg Nüßlein bekannt war, dass dieser offenbar Provisionen für seine Tätigkeiten im Zusammenhang mit Pandemiebeschaffungsverträgen erhalten hatte, ob sich MdB Georg Nüßlein in seiner Tätigkeit als Vermittler von Pandemiebeschaffungsgütern auch an die Staatsregierung, bayerische Ministerien, deren nachgelagerte Behörden oder an Mitglieder des Landtags gewendet hat und wenn ja, an wen?

Hep Monatzeder
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, bezugnehmend auf die Äußerung des Abgeordneten Benno Zierer (FREIE WÄHLER) in der Plenardebatte des Landtags am 04.03.2020 zu Drs. 18/14240, dass aktuell die Weiterentwicklung der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie stattfindet und in der 2. Jahreshälfte im Landtag debattiert werden soll, welche Sachverständigen, Experten oder Verbände außerhalb der beteiligten Ressorts werden für die Überarbeitung der Strategie angehört, wie sieht der konkrete Zeitplan (Zwischenschritte, Abschluss des Verfahrens) zur Überarbeitung der Strategie aus und in welcher Form soll die geplante Debatte zur überarbeiteten Nachhaltigkeitsstrategie im Landtag konkret stattfinden?

Ruth Müller
(SPD)

Da die bayerische Fahrgastschiffahrt mindestens acht Tage Vorlaufzeit braucht, um den Betrieb aufzunehmen und eine mögliche Eröffnungsstrategie umzusetzen, frage ich die Staatsregierung, welche Wiedereröffnungsperspektive sie den Betreibern der Personenschiffahrt unter Berücksichtigung der existierenden Hygienekonzepte unterbreitet (zu Saisonbeginn: keine gastronomischen Angebote, Maskenpflicht auch während der Fahrt, keine Stehplätze sowie Vorgaben analog zum Hygienekonzept 2020 unter Einbeziehung existierender Parkplatzkonzepte, Online-Buchungsportale und Reservierungssysteme sowie ab dem Zeitpunkt der Gastronomieöffnungen analog geltende Vorschriften)?

Alexander Muthmann
(FDP)

Nachdem die Staatsregierung inzwischen der Grenzregion/Ostbayern 150 000 zusätzliche Impfdosen zugesagt hat, frage ich die Staatsregierung, wie diese auf die einzelnen Landkreise verteilt werden/bzw. verteilt werden sollen (bitte unter Angabe der Mengen je Landkreis, des Impfstoffherstellers sowie der Verteilungskriterien), welche Vorgaben die zuständigen Behörden bezüglich der Verwendung dieser Impfdosen erhalten (bitte Übermittlung des genauen Wortlauts dieser Vorgaben unter besonderer Darstellung der Prioritätenberücksichtigung sowie der Beteiligung von Haus- und Betriebsärzten an diesen Impfungen) und mit welchem zeitlichen Ablauf zu rechnen ist (bitte unter Angabe des Lieferbeginns und des voraussichtlichen Abschlusses der Lieferungen)?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem im Zusammenhang mit dem Bestechungsskandal um MdB Georg Nüßlein bekannt geworden ist, dass MdL Alfred Sauter einen Vertrag mit dem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege erstellt hat, frage ich die Staatsregierung, welchen Wortlaut dieser Vertrag hat, ob der Freistaat Bayern hierfür eine Vergütung entrichtet hat und wenn ja, wie hoch diese war?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie kam der Kontakt zwischen bayrischen Ministerien oder nachgelagerten Behörden und der Dometic Germany GmbH insb. zum Kauf von Transport-Kühlboxen zustande, ist hierbei ein Mitglied des Europäischen Parlaments, Mitglied des Bundestags oder des Landtags vermittelnd oder rechtsberatend aufgetreten oder hat es bei der Ausarbeitung von Verträgen mitgewirkt?

Doris Rauscher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die durch Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn vorgestellten Eckpunkte für eine Pflegereform 2021 und die darin geplante Halbierung des Sachleistungsbudgets für die Tagespflege gemäß § 41 Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI), welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um diese Veränderung zu Ungunsten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen abzuwenden und welche Unterstützungsmöglichkeiten sieht die Staatsregierung für Pflegebedürftige, ihre Angehörigen sowie die Anbieter von Tagespflege, sollte sich Jens Spahn mit seinem Vorschlag durchsetzen?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche behördlichen Maßnahmen hat die Staatsregierung eingeleitet, die Kfz-Verwahrstelle in der Truderinger Thomas-Hauser- Straße an einen anderen Ort zu verlegen, um eine anwohnerfreundliche Trassenvariante der Truderinger Kurve zu ermöglichen (bitte jeweils mit Datumsangabe der behördlichen Kommunikation), welche konkreten Angebote unter besonderer Berücksichtigung des Kfz-Verwahrstellen-Standorts hat die Staatsregierung der DB Bahn Netz AG unterbreitet, damit eine anwohnerfreundliche Trassenführung ermöglicht werden kann (bitte unter Angabe des Briefwortlauts und Datums des Schreibens) und wie bewertet die Staatsregierung, dass laut Bundestagsanfrage auf Drs. 19/26080 vom 21.01.2021 die Vorhabenträgerin „das Risiko einer mehrjährigen Verzögerung des Schienenprojekts bei Verlegung der Kfz-Verwahrstelle als sehr hoch“ einschätzt?

Florian Ritter
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele und welche rechtsextremistischen Straftaten wurden 2019 und 2018 in Bayern polizeilich registriert (bitte aufgeschlüsselt wie in der Antwort auf die Anfrage zum Plenum von Natascha Kohnen vom 09.02.2021 Drs. 18/13713 darstellen)?

Julika Sandt
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ab wann sie sicherstellt, dass Schnelltests in den Kitas flächendeckend auch den dort betreuten Kindern angeboten werden, wie viele Tests dabei wöchentlich pro Kind durchgeführt werden und welche Arten von Tests (beispielsweise Lolly- oder Spucktests) dabei verwendet werden?

Jan Schiffers
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, ab wann können die Impfungen komplett durch die niedergelassenen Ärzte übernommen werden, wie lange laufen die Mietverträge für die Impfzentren im Freistaat Bayern und werden die Impfzentren trotzdem weiterhin betrieben, auch wenn die Impfungen komplett durch die niedergelassenen Ärzte vorgenommen werden können?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Hinblick auf den Bestechungsskandal gegen MdB Georg Nüßlein frage ich die Staatsregierung, ob das von der Generalstaatsanwaltschaft München geführte Ermittlungsverfahren als Berichtssache geführt wird, wenn ja, wann (bitte genaue Daten) dem Staatsministerium für Justiz durch die Generalstaatsanwaltschaft jeweils berichtet wurde und welchen Inhalt die Berichte hatten.

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem sich Klagen von Künstlerinnen und Künstlern häufen, dass sie Finanzhilfen aus dem Soloselbstständigenprogramm und zusätzlich beantragten außerordentlichen Wirtschaftshilfen des Bundes (November- und Dezemberhilfe) wegen Überkompensation teilweise zurückzahlen sollen bzw. Hilfen aus dem Soloselbstständigenprogramm nicht gewährt werden und sie bei Nachfragen bei den zuständigen Stellen keine Antworten erhalten, weil dafür in den Richtlinien keine Definition von Überkompensation vorliegt und vor dem Hintergrund steigender Inzidenzen und erneut drohender Schließungen große Unklarheiten bezüglich der Hilfen bestehen, frage ich die Staatsregierung, wie die Forderung auf Rückzahlung wegen Überkompensation rechtlich begründet wird, bei wie vielen Anträgen bisher Gelder wegen Überkompensation wieder zurückgefordert wurden und ob die Staatsregierung beabsichtigt, auf die Rückzahlung rückwirkend und künftig angesichts der geringen Summen und der in der Regel prekären Lebenssituation der Antragstellerinnen und -steller z. B. mittels einer Bagatelle-Regelung zu verzichten?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Hinblick auf das Ermittlungsverfahren der Generalstaatsanwaltschaft München gegen MdB Georg Nüßlein frage ich die Staatsregierung, welche Erkenntnisse sie zum Sachverhalt hat, welche Erkenntnisse sie insbesondere über die erhobenen Strafvorwürfe gegen MdB Nüßlein und weitere Beschuldigte hat (bitte unter genauer Nennung der Straftatbestände) und welche Orte in Bayern im Zusammenhang mit diesem Ermittlungsverfahren durch die Generalstaatsanwaltschaft durchsucht worden sind?

Stefan Schuster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, besteht eine Straßenverkehrs-Transportbegleitungsverordnung (StTbV) des Bundes, die ermöglicht, dass Unternehmen mit der Begleitung von Schwertransporten beliehen werden können und deren Personal gegenüber dem Verkehrsteilnehmer weisungsbefugt ist, und falls das zutrifft, wurde diese Verordnung durch den Freistaat Bayern umgesetzt und wird ein solches Verfahren bereits praktiziert?

Anna Schwamberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem Ende 2020 berichtet wurde, dass das Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Lizenz für das Videokonferenztool Microsoft (MS) Teams für bayerische Schulen bis Ende April 2021 verlängert hat, mehr als 350 Schulen diese Möglichkeit nutzen und ab Mai diesen Jahres an allen Schulen dauerhaft ein vom Freistaat bereits ausgeschriebenes Kommunikationswerkzeug zur Verfügung stehen soll, frage ich die Staatsregierung, welche Kriterien wurden für das neue Kommunikationstool in der Ausschreibung benannt (bitte um differenzierte Beschreibung), welche Unternehmen haben bisher ein Angebot abgegeben (bitte um namentliche Nennung der Unternehmen) und für welches Tool wurde sich entschieden (bitte um Begründung)?

Gisela Sengl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es einen verbindlichen Richtwert für die Mindestgröße einer Konzentrationszone für Kiesabbau, um den Klagegrund einer Verhinderungsplanung auszuschließen, haben Eigentümer, deren Grundstücke in einer Konzentrationszone liegen, einen Rechtsanspruch, ihre Grundstücke von der Ausweisung auszuschließen und ist mit der Ausweisung einer Konzentrationszone weiterer Kiesabbau innerhalb des Gemeindegebiets ausgeschlossen?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Im Hinblick auf den Bestechungsskandal um MdB Georg Nüßlein und etwaige Verbindungen nach Bayern frage ich die Staatsregierung, welche Pandemiebeschaffungsverträge (bitte unter Nennung der Vertragspartner, des Vertragsgegenstandes und des jeweiligen Auftragsvolumens) haben bayerische Ministerien oder nachgelagerte Behörden mit welchen Firmen geschlossen, bei denen MdB Georg Nüßlein bzw. die Beratungsfirma Tectum Holding GmbH vermittelnd oder beratend beteiligt waren, und welche Stückpreise (Netto) für die erworbenen Güter wurden dabei gezahlt?

Ulrich Singer
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wirken sich die Grenzsicherungen im Zuge der Corona-Maßnahmen auf die Versorgungssicherheit in Bayern aus, ist zu befürchten, dass es zu einem Versorgungsengpass von Lebensmitteln und sonstigen Gütern des täglichen Bedarfs in Bayern kommt und wie kann trotz der Grenzsicherungen die Versorgung mit Lebensmitteln und sonstigen Gütern des täglichen Bedarfs in Bayern garantiert werden?

Christoph Skutella
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, zu welchen Ergebnissen ist die Anfang 2020 eingerichtete Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) mit der Prüfung und Planung der Honorierung der Klimaschutzleistungen der Waldbesitzer beauftragt wurde, bisher gekommen, welche Akteure aus Bayern sind Teil dieser Arbeitsgruppe und wie ist der Sachstand bei der Einführung einer CO₂-Bindungsprämie für kommunale und private Waldbesitzer?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass der Ministerrat am 12.01.2021 beschlossen hat, dass ab Montag, 18.01.2021, in den öffentlichen Verkehrsmitteln des Nahverkehrs und den dazugehörigen Einrichtungen im Freistaat Bayern die Pflicht zum Tragen einer FFP2-Maske oder einer Maske mit vergleichbarer Schutzwirkung gilt, frage ich die Staatsregierung, wie hat sie dafür Sorge getragen, dass genügend FFP2-Masken für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern zu dem Zeitpunkt vorhanden waren, welche Angebote lagen der Staatsregierung bei den jeweiligen Käufen, für die die bisherigen Vergabekriterien aufgehoben wurden, vor und welche Stückpreise wurden von der Staatsregierung für FFP2-Masken an welche Firmen gezahlt?

Dr. Dominik Spitzer
(FDP)

Ich frage die Staatsregierung, ob durch das zuständige Staatsministerium im Zusammenhang mit dem Coronavirus-Geschehen seit März 2020 spezielle Weisungen an die nachgeordneten Behörden zur Qualifikation und Überwachung des probenehmenden Personals und der die Proben bearbeitenden Labore ergangen sind (falls ja, bitte Nennung der Schreiben mit Datum), wie viele Vor-Ort-Kontrollen (Anzahl) durch die zuständigen Landesbehörden (bitte benennen) seit März 2020 zur Einhaltung der Richtlinien der Bundesärztekammer zur Qualitätssicherung laboratoriumsmedizinischer Untersuchungen (Rili BÄK) bei diesen Laboren erfolgten und ob der Staatsregierung inzwischen bekannt ist, wie viele dieser Labore seit März 2020 zumindest zeitweise mit nicht kompatiblen Testsystemen und/oder nicht nur für das SARS-CoV-2 spezifischen Testsystemen gearbeitet haben (falls ja, bitte Nennung Anzahl der Labore aufgegliedert nach Regierungsbezirken, einschließlich des medienbekannten Falls eines Labors im Regierungsbezirk Schwaben)?

Diana Stachowitz
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wurden nach der Durchführung des hydrologischen Gutachtens für das Hofgut Erlenfurt inzwischen weitere Planungen zum Eichenzentrum Hochspessart durchgeführt und bereits die finanziellen Auswirkungen der im Gutachten festgestellten Unwägbarkeiten abgeklärt, welcher Art – außer der Verlegung der bestehenden Wasserleitungen im Naturschutzgebiet – sind diese Unwägbarkeiten und wann sind hier Ergebnisse zu erwarten?

Rosi Steinberger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie sieht die Impfstrategie für Lehrkräfte und Erzieherinnen bzw. Erzieher an bayerischen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen aus und bis wann sollen diese Personengruppen vollständig geimpft sein?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mittel sind für wie viele Plätze an welchen Orten für das Modellprojekt „Kooperative Ganztagsbildung“ im Jahr 2021 im Entwurf der Staatsregierung für den Haushaltsplan 2021 vorgesehen?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe sind Förderungen für Fernwärme-Verbundleitungen im Haushalt 2021 im Rahmen des Masterplans Geothermie eingeplant, ist eine Fündigkeitsversicherung für Geothermiebohrungen im Masterplan vorgesehen und wie hoch waren die durchschnittlichen Einnahmen pro laufender Meter von Geothermie-Fernwärmeleitungen bei den bayrischen Staatsforsten in den letzten zehn Jahren?

Arif Taşdelen
(SPD)

Vor dem Hintergrund, dass das Präsidium des Landesverbands Bayern im Deutschen Jugendherbergswerk am 26.02.2021 aufgrund der wirtschaftlichen Untragbarkeit die demnächst endgültige Schließung der Jugendherbergen in Lohr, Feuchtwangen und Kelheim beschlossen hat (<https://bit.ly/38I6Gx4>), frage ich die Staatsregierung, wie viel Geld haben die bayerischen Jugendherbergen aus den bisher vom Freistaat Bayern aufgestellten Hilfsprogrammen erhalten (bitte Aufschlüsselung nach Regierungsbezirken, Jugendherbergen und jeweiligem Hilfsprogramm), welche weiteren finanziellen Hilfsprogramme und sonstigen Unterstützungsmaßnahmen zur Überbrückung der Einnahmeverluste aufgrund pandemiebedingter Schließungen plant sie für die Jugendherbergen und plant die Staatsregierung darüber hinaus finanzielle Sonderinvestitionen für die Unterstützung der Jugendherbergen bei Sanierungs- und Umbaumaßnahmen, die die Träger der Jugendherbergen aufgrund der coronabedingten Einnahmeverluste aufschieben müssen?

Gabriele Triebel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, auf welche Art und Weise sind der Stiftungsrat der Stiftung Bayerische Gedenkstätten, der Vorsitzende des Stiftungsrats, der Stiftungsdirektor, das Kuratorium der Stiftung, der wissenschaftliche Beirat der Stiftung, das Staatsministerium für Unterricht und Kultus in seiner Funktion als Rechtsaufsicht, der Personalrat der KZ-Gedenkstätte Dachau sowie die Leiterin der KZ-Gedenkstätte Dachau in das Bewerbungsverfahren mit eingebunden, wie wird die Stelle der pädagogischen Leitung nun neu ausgeschrieben (Ausschreibungskriterien und Ausschreibungswege) und wer entscheidet über die Stellenbesetzung?

Hans Urban
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kinder im Alter bis zu 15 Jahren gibt es in Bayern, wie hoch ist die Armutgefährdungsquote derzeit nach dem Bundesmedian bei Kindern bis zum Alter von 15 Jahren in Bayern und wie hat sich diese Quote seit 2010 entwickelt?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum erhalten die staatlichen Gesundheitsämter gemäß aktuellem Stellenplan des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege (StMGP) nur 124 der 487 und damit 25 Prozent der neuen Stellen im Öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD), welche konkreten Aufgaben sind für die 163 bzw. 200 neuen ÖGD-Stellen im StMGP bzw. im Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit vorgesehen und warum hält sich die Staatsregierung nicht an die Vereinbarung im „Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ grundsätzlich 90 Prozent der neuen Stellen an den unteren Gesundheitsbehörden einzurichten?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob und wenn ja, welche Pandemiebeschaffungsverträge mit bayerischen Ministerien oder nachgelagerten Behörden unter Vermittlungen von MdEP Monika Hohlmeier oder ██████████ abgeschlossen (bitte unter Nennung der jeweiligen Vertragspartner und des Auftragsvolumens) wurden?

Margit Wild
(SPD)

Nachdem aus einer Pressemitteilung vom 01.12.2020 hervorgeht, dass die Staatsregierung bei der Erarbeitung des sog. „Hochschulinnovationsgesetzes“ eng mit den Hochschulen im Dialog steht, auf der anderen Seite an den Hochschulen im Freistaat eine sehr kritische Diskussion zu den von der Staatsregierung geplanten Zielen geführt und zum Teil massiver Protest artikuliert wird, frage ich die Staatsregierung, wann Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Bernd Sibler, das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst sowie die Staatskanzlei 2020 mit einzelnen Gesprächspartnern an den Hochschulen und mit hochschulpolitischen Akteuren bzw. Institutionen diesen Dialog bisher konkret geführt hat (bitte konkret aufgeschlüsselt nach Datum, Vertreter der Staatsregierung, Gesprächspartner der einzelnen Hochschulen, hochschulpolitischen Akteuren/Institutionen sowie Art der Gespräche angeben), die Bedenken, die seitens der Gesprächspartner an der geplanten Hochschulreform geäußert wurden (bitte mit konkreter Angabe zu den Bedenken) und welche Konsequenzen und Rückschlüsse die Staatsregierung hieraus für die Korrektur der Eckpunkte bzw. die Formulierung des Gesetzentwurfs zur Hochschulreform zieht, z. B. bezüglich des Erhalts der Fächerdiversität, der „unternehmerischen Hochschule“, dem Globalbudget, dem Gesamtlehrdeputat bzw. der Sicherstellung der demokratischen Verfasstheit der Hochschulen?

Andreas Winhart
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch war die Förderung des Maskenverbundes Bayern durch die Staatsregierung, werden alle Bestandteile für Masken des Maskenverbundes Bayern in Bayern hergestellt (bitte genau auflisten) und wo werden die Masken des Maskenverbundes Bayern vertrieben (bitte genau auflisten)?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Angesichts der zuletzt hohen Schwankungen bei den gemeldeten Neuinfektionen in der Stadt Erlangen und im Landkreis Erlangen-Höchstadt, die nicht zuletzt einen signifikanten Einfluss auf die 7-Tage-Inzidenz und damit auf Öffnungen u. a. bei Schulen und im Einzelhandel in der Stadt und im Landkreis hatten, frage ich die Staatsregierung, auf welche Ursachen diese Schwankungen nach Kenntnis der Staatsregierung im Bereich des Gesundheitsamts Erlangen zurückzuführen sind (bitte aufschlüsseln nach tatsächlichen Schwankungen im Infektionsgeschehen, Meldeverzug durch Labore und Meldeverzug durch Weitergabe des Gesundheitsamts an das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit unter Angabe der Ursachen des Meldeverzugs der letzten 4 Kalenderwochen), welche Kenntnisse hat die Staatsregierung zu weiteren Landkreisen bzw. kreisfreien Städte Bayerns zu den Ursachen von Meldeverzügen und damit einhergehender Schwankungen, die auf Grundlage der aktuellen Bestimmungen zu Öffnungsschritten geführt haben, die bereits wieder zurückgenommen werden mussten und wie will die Staatsregierung die Situation verbessern, damit insbesondere Schulen eine verlässliche Perspektive haben und gleichzeitig Öffnungsschritte in anderen Bereichen, sofern sie vollzogen werden, durch derartige Meldeverzüge nicht auf wacklige Beinen gestellt sind und die Logik der Infektionsschutzverordnung in gewisser Weise untergraben?